



Truppenmarsch. --- Zwei offizielle Berichte aus Tyrol. --- Reichsfriedenscongr. --- Unruhen in Piemont. --- Zustand von Lucca und Neapel. --- Krieg in Kalabrien. --- Botschaft des Königs von England. --- Negernhandel. --- Irland in Aufruhr. --- Rüstungen in Ostindien gegen Engl.

Inländische Begebenheiten.

Laibach. Den 7. frühe rückte weiter eine Division von Kaiser Dragoner sammt dem Staab hier ein. Dieser ward in der Stadt einquartirt; die Mannschaft bezog die Quartiere wieder in der Schischka und bey der Sau. Nach gehaltenem Rasttag sehen sie ihren Marsch auf der

Strasse gegen Italien fort, und den 9. folgt ihnen eine 2te, den 11. eine dritte Division vom nämlichen Cavallerie-Regiment, welche nach einer gleich langen Zwischenzeit weiter vorrücken werden.

Wien. Der Landes-Gouverneur in Tyrol, Graf v. Bispingen, hat

in Innsbruck, unter dem 25. März, folgende Nachricht an das Publikum erlassen:

„Vermöge einer von dem K. K. Landes-Kommissar im Ober-Innthal, dem Subernial-Rath, Freyherrn v. Lichtenthurn, eingelangten Nachricht, hat der in der dortigen Gegend kommandirende k. k. General-Major, Graf v. Nobili, den Landessturm, in einigen Gerichten des Ober-Innthals, bis zum Eintreffen der Schützen-Kompagnien, aufgebothen, weil das Besorgniß eintritt, daß der Feind in der Gegend von Feldkirch die k. k. Truppen mit Uebermacht angrifen, und dadurch auch für das Land Tyrol, von Seite des Arlberges her, sich eine nähere Gefahr ergeben dürfte. Dieser wichtige Umstand macht es zur Nothwendigkeit, daß jene Städte und Gerichte, von welchen die Schützen-Kompagnien bereits zum Aufbruch beordnet sind, solche ohne Zeitverlust, nach Landeck, wo sie von dem Herrn Kommandirenden ihre weitere Bestimmung vernehmen werden, ausrücken lassen, damit der Landessturm wieder entlassen werden könne. Zugleich wird es allen Städten und Gerichten an das Herz gelegt, die weiteren Zugänge dergestalt in Bereitschaft zu halten, daß solche auf den ersten Wink nachrücken können.“

„Uebrigens sind sowohl von Taufers, im Vinschgau, als auch von Martinsbruck, die Amtsberichte eingelangt, daß die dortigen Positionen von den k. k. Truppen, vereint mit den Landes-schützen-Kompagnien, dergestalt besetzt und behauptet werden, daß

biesfalls in hortigen Gegenden der Zeit keine Besorgniß eintritt.“

Diese günstigen Umstände haben sich schon am folgenden Tage verändert. Un diesem ist nachstehendes allgemeines Aufgeboth des k. k. Oberösterreichischen Landesgubernii, einverständlich mit der Tyrolischen Landschaft, für die Gerichte Chaur, Nettenberg, Sonnenburg, Agams, Ambras, Wilten, Subay, Serienberg, Petersberg, Imst, Landeck, Pfunds, und für die Städte Innsbruck und Hall ergangen:

„Das Land Tyrol ist in Gefahr; das Laudonische Korps bey Taufers, im Vinschgau, ist überwältiget, so wie die Position bey Martinsbruck. Die k. k. Truppen werden bey den wichtigen Paß Fünstermünz, Landeck and Gegend mit allea Macht dem weitem Vordringen des Feindes sich entgegensetzen, und so mit göttlichem Beystande, das Vaterland retten, wenn alle obigen Gerichte sich schleunigt mit allen bey Handen habenden Waffen, und Schlagwehren bewaffnen, auch auf einige Tage mit Proviant sich so viel möglich, versehen, und eiligst gegen Landeck vorrücken, um die dortigen Seitengebirge, nach Weisung des Kommandirenden und Brigadiers zu besetzen, und zu schützen.“

„Aller Orten der obigen Gerichte soll die Sturmglocke geläutet werden.“

„Brechet also biedere Tyroler, unter Leitung eurer selbst gewählten Anführer, Obrigkeiten und Vorsteher, augenblicklich auf. Eilet, das Vaterland ist in Gefahr, allein Ordnung, Einigkeit und Vertrauen auf Gott, wo zu die Seelsorger das Volk anzueisern

Haben, lassen alles hoffen. Innsbruck
am 26. März, Abends um 7 Uhr 1799.
Ferd. Ernest Graf v. Bisingen,
Gouverneur.

Ausländische Begebenheiten.

D e u t s c h l a n d.

Reichsfriedens-Congress. Aastatt,
vom 23. März. Mündliche Erklärung
der Gründe, warum die kais. Commis-
sion dem Gutachten der vortreflichen
Reichsfriedens-Deputation vom 2.
März ihre Genehmigung nicht erthei-
len kann; dem Deputations-Direkto-
rium auf wiederholtes Andringen er-
öffnet. Aastatt, den 21. März 1799.
Wenn die Mehrheit der vortreflichen
Reichsfriedens-Deputation Ursachen
zu haben glaubt, der allgemeinen
Reichs-Versammlung den Gegenstand
der Note der französis. Bevollmäch-
tigten vom 1. März (11. Ventose) drin-
gendst zu empfehlen, und dem Selbst-
geföhle des Reiches über seine wichtig-
ste Angelegenheit vorzukommen; wenn
sie von der Reichs-Versammlung eine
solche Antwort auf die vordere Note
der französis. Bevollmächtigten vom 2.
Jän. (13. Nivose) verlangt, wodurch
die schon so lange stotenden Friedens-
unterhandlungen wieder in Gang ge-
bracht werden können, und dadurch
vorerkennet, daß das in dieser Note
enthaltenen Verlangen der franz. Regie-
rung einzuräumen sei; so schreibt sie
zwar hierdurch aus den eigentlichen
Schranken des Verhältnisses, in wel-
chem sich der Bevollmächtigte gegen den
Bevollmächtigte befindet, und die de-

putirten Stände scheinen ein Recht, ei-
nen Ausfluß der Mittheilhabung an
den Berathschlagungen und Entschlie-
sungen der obersten Macht hier an
dem Congresse ausüben zu wollen, wel-
che sich nur in der Reichsversammlung
selbst äußern können, wo zugleich die
Absichten, Einsichten, Lage und Urtheile
jedes einzelnen deputirten Standes
das gehörige Maß ihrer Einwirkung
auf das Ganze in der Zahl und in dem
Gewichte aller übrigen Mitstimmen-
den antreffen. Jedoch, da hierbei
nur die inneren Verhältnisse, der De-
putation gegen das Reich, in Berüh-
rung kommen, so würde die kais. Com-
mission noch gerne hierüber hinwegge-
sehen haben. Aber die Mehrheit der
vortreflichen Reichsfriedens-Deputa-
tion beschloß ferner, von dieser drin-
genden Empfehlung die franz. Bevoll-
mächtigten zu unterrichten, und ihnen
dabei zu erkennen zu geben, daß sie noch
immer von dem lebhaften Verlangen
nach einem baldigen und dauerhaften
Frieden aufrichtig beseelt sei. Gleich-
wohl hat die franz. Regierung in ihrer
obenangezogenen Erklärung vom 2.
Jän. (13. Nivose) so wie in dem fol-
genden vom 1. und 9. März (11. und
19. Ventose) die Erlangung des Frie-
dens, oder eigentlicher, die Fortse-
zung der U n t e r h a n d l u n g e n
über den Frieden, streng an ein
Bedingniß von der höchsten Wichtig-
keit gebunden, über welches Kaiser und
Reich noch keinen Entschluß gefaßt ha-
ben, und über welches es möglich ist,
daß sie ganz verschieden von der Mehr-
heit der vortreflichen Reichsfriedens-

Deputation denken. Sobald auch nur diese Möglichkeit besteht, ist es der Uth-
terordnung, in welcher der Bevollmäch-
tigte gegen den Bevollmächtigenden
sich befindet, es ist zugleich der in jeder
Unterhandlung zu beobachtenden Klug-
heit zuwider, es hat auf alle Fälle kei-
nen wesentlichen Nutzen, in einigen
aber kann es sogar Schaden, wenn man
mit Empfehlungen u. Veräußerungen
gegen eine fremde Macht herausgehet,
welche an ihren eigenen Bevollmäch-
tigten dahier auf die unerwartetste
Weise gezeigt hat, was dergleichen
Empfehlungen und Versicherungen
gelten, welchen die Gewährung der
obersten Entschließung fehlt. Wenn
nun über dieses die Aeußerungen, wel-
che die Mehrheit der vortrefflichen
Reichsfriedens-Deputation den franz.
Bevollmächtigten machen will, in ei-
nem Zeitpunkt fallen, welcher durch Ue-
berziehung des Reichsgebietes dies-
seits des Rheines, durch Aufforderung
und Besetzung dießseitiger Festungen
und Städte, durch Forderungen und
Erpressungen aller Art, durch eine ge-
waltsame Verrückung jeder vermittelt
des Waffenstillstandes bezielet und
der Friedensunterhandlung zum Grun-
de gelegten Verhältnisse dem Kaiser und
Reich eine andere Sprache und die Er-
greifung höherer Maßregeln zur Noth-
wendigkeit machen kann, welcher wir
hier auch nicht auf die entfernteste Art
vorgreifen dürfen; so liegen die Gründe
einer bescheidenen Zurückhaltung in der
den franz. Bevollmächtigten zu erthei-
lenden Antwort so vollkommen am Ta-
ge, daß es unnöthig sein würde sie
durch weitere Bemerkungen in größe-

res Licht zu setzen. Sie sind zugleich
von einer solchen Beschaffenheit, daß
die kais. Commission es der Mehrheit
der vortrefflichen Reichsfriedens-De-
putation und ihrer Selbsteinsticht bil-
lig zutrauen mußte, sie würde dieselbe
mit eigenem Blicke auffassen. Es ge-
schah also aus Rücksicht für die Mehr-
heit und im Vertrauen auf ihre stille
Ueberzeugung der Rechtmäßigkeit der
verweigerten Genehmigung der kais.
Commission, wenn sie die Unannehm-
lichkeit umgieng, diese Gründe in dem
Commissionsdekrete vom 14. dieses
offen zu legen.

Kurmainzisches Votum in der 94.
Sigung der Reichsfriedens-Deputa-
tion am 23. März 1799. Kurmainz
finde die in propositione stehende
A n t w o r t der höchstsehnlichen
kaiserl. Plenipotenz ebenfalls zu
reichhaltig an Aeußerungen, als daß,
da solche heute erst zur Kenntniß der
Hrn. Subdelegirten kömmt, jest schon
etwas darauf beschloffen werden möge;
bemerken muß jedoch Subdelegatus
vorläufig, daß Er in dieser Antwort
nichts wahrgenommen habe, was die
in seinem jüngsten Voto angeführten
Gründe entkräften, und ihn überzeugen
könnte, daß seine bisherige Abstimmun-
gen über diesen Gegenstand nicht voll-
kommen allen Umständen und Verhält-
nissen angemessen gewesen sein. Die
hochgedachte kais. Gesandtschaft kann
im Eingange dieser ihrer Antwort aller-
dings über den Inhalt der von der Dep-
der allgemeinen Reichsversammlung ge-
machten Anzeige um so mehr gern hin-
wegsehen, als diese Anzeige der Verei-
nigung der höchstsehnlichen kais.

Plenipotenz nicht bedurfte; sondern Hochlegterer lediglich zur Nachricht mitgetheilt worden ist, ohnehin aber die Phrase der gedachten Anzeige, wogegen die Kritik gerichtet ist, wirklich in factis nicht existirt, indem die Mehrheit der Stimmen von der allgemeinen Reichsversammlung keineswegs eine solche Antwort auf die franz. Note verlangt, wodurch die Friedensunterhandlungen wider in Gang gesetzt werden könnten; sondern diese Mehrheit bloß der zuversichtlichen Hoffnung gewesen ist, es werde diese Note die allgemeine Reichsversammlung unfehlbar überzeugen, wie dringend nothwendig es sei, daß die Deputation in den Stand gesetzt werde, der franz. Gesandtschaft eine Antwort auf Ihre Note zu übermachen, um die schon so lange stockenden Friedensunterhandlungen wieder fortzusetzen. (Das Uebrige folgt.)

I t a l i e n.

Der Aufstand von Montferrat war kaum gelegt, so brach ein neuer, in der Gegend von Magdalena, am rechten Ufer der Sturra, nicht weit von Fossano aus. Der Gen. Grouchy schickte den General-Adjutanten Serras, mit Französisch- und Piemontesisch- Truppen dahin, welche in verschiedenen Abtheilungen, die 12 empöbten Gemeinden angegriffen, und die Insurgenten, in mehreren Gefechten, überwandten. 40 erlegten, 50 gefangen nahmen, und die übrigen zerstreuten.

Alle diese Gemeinden sind seit dem entwaffnet und einer Militärsteuer unterzogen worden.

Nach Berichten aus Turin vom 12. März, war es damals in allen Provinzen in Piemont wieder ruhig. Der Gen. Grouchy hat eine Proklamazion an die Mißvergünstigten erlassen, um sie zu besänftigen, und zur Ablegung der Waffen zu bereben. Auch hat er allenthalben Versöhnungs-Kommissare ausgesandt. Der Bischof von Aequi hat in eben dem Sinne einen Hirtenbrief an alle Seelsorger richten, und ihnen auferlegen müssen, ihre Pfllegebefohlenen zur Ruhe und zur Unterwerfung zu bereben. Dafür hat der Gen. Grouchy dem Bischöfe ein seit dem öffentlich erschienenenes sehr schmeichelhaftes Schreiben zugesandt. Hierauf aber ist er am 11. März von Aequi abgereiset, um auch die Provinzen von Alexandrien und Tortona zu bereisen, wo noch einige Zusammenrottungen bestehen.

Der Obergeneral der Franz. Armee in Italien, Cit. Scheerer, ist am 11. März des Abends, in Meiland angekommen, und hat alsogleich das Kommando der Armee übernommen, das seit Jouberts Abreise, von dem Gen. Deltmas versehen worden war.

Der Gen. Mack ist am 8. März von Meiland nach Frankreich abgeführt, alle seine Begleiter sind in Freiheit gesetzt worden.

Aus Lucca wird unter dem 14. März geschrieben: „Es ist unmöglich den beklagenswerthen Zustand unserer neuen Französisch-Demokratischen Republik zu schildern. Alle öffentlichen Kassen sind ausgeleeret; unser Militärstand besteht aus einigen wenigen Invaliden, indem alle diensttauglichen

rente, um nicht zur Franz. Armee gestossen zu werden, ihren Abschied begehret haben; die gesetzgebenden Räte sind aus Leuten zusammengesetzt worden, denen die Gegenstände der Gesetzgebung ganz neu sind, und daher haben sie auch noch kein einziges gutes Gesetz erlassen, sondern verschwenden ihre Zeit und unser Geld mit Nichtswürdigkeiten; das Direktorium ist ohne Kraft, ohne Mittel und ohne Willen: Es ist das echte Bild von Ergebung und Demuth. Wir haben hier weder Zeitungen, noch Druckereien, noch Freiheit der Presse, noch Gemeingeist. Der Patrioten sind wenige, und diese werden verlacht und verhöhnt. Die Aristokratie hat dabei einen vollkommenen Sieg. Das souverain gewordene Volk übt seine Souverainität dadurch aus, daß es auf allen öffentlichen Straßen und Plätzen den Franzosen und ihrer Revolution freimüthig sucht. Bey dieser Lage der Sache kann man sich leicht vorstellen, wie die Geschäfte in der einen und untheilbaren Lucchischen Republik getrieben werden.¹⁴

Aus Neapel schreibt man unter dem 1. März, der Gen. Macdonald sey an 27. Febr. daselbst angekommen, habe das Kommando übernommen, und diese Veränderung sei von der Armee ganz gleichgültig aufgenommen worden. Seit dem hat derselbe alle Regierungs-Kommissare, welche der General Championet vertrieben hatte, nach Neapel zurückberufen, und wieder in Thätigkeit gesetzt.

Allen Agenten und Consuln, der mit Frankreich im Kriege begriffenen

Mächte, ist aufgetragen worden, das Gebieth von Neapel zu verlassen.

Die provisorische Regierung hat dem Kriegs-Minister aufgetragen, die Erbauung eines Kriegsschiffes und zweier Fregaten zu betreiben, und unverzüglich einen Bericht über die Einrichtung des Seewesens zu erstatten. Auch hat er den Befehl erhalten, eine Armee von 12,000 Mann aufzubringen. Die Stückgießerey wird in Stand gesetzt, und soll in kurzer Zeit eine bestimmte Anzahl von Kanonen liefern.

Die Nachrichten aus Calabrien werden noch immer sehr geheim gehalten. Der Cardinal Ruffo soll daselbst mit vielen Truppen von Palermo angekommen sein. Der General Championet hat den General Olivier mit einer Division dahin abgeschickt. Dieser hat mit den Calabresern wiederholte Gefechte gehabt, und überall einen hartnäckigen Widerstand gefunden.

Großbritannien.

Der König hat am 1. März, an beide Häuser des Parlaments, nachstehende Bottschaft geschickt:

„Da Se. Maj. für den anständigen Unterhalt und die Versorgung seiner theuer geliebten Söhne, der Prinzen Eduard und Ernst August, eine angemessene Einrichtung zu treffen wünscht, zu deren Bestreitung aber die aus Sr. Maj. Civilliste zu diesem Zweck zu verwendenden Gelder nicht hinreichen dürften; und da Se. Maj. auch diejenige Appanage, die er aus dem

erblichen Einkünften für die übrigen Zweige Sr. Königl. Familie hat aussetzen können, gern auf seine geliebte Tochter, die Prinzessin Amalia, ausdehnen möchte, so wünscht er zu diesem Ende die Unterstützung des Parlaments, und vertraut auf die Zuneigung desselben, daß es die den Umständen angemessen scheinenden Bewilligungen machen werden.“

Die Erwägung dieser Botschaft ist dadurch verzögert worden, weil ein allgemeiner Stand der Königl. Civilliste dessen Vorlegung der Minister Pitt dem Unterhause versprochen, noch nicht fertig ist. Als der Minister sich am 4. darüber entschuldigte, schlug Hr. Tierney eine Adresse an den König mit der Bitte vor, dem Hause eine Liste aller der Summen vorlegen zu lassen, die seit den letzten 25 Jahren von dem geheimen Dienstgelde bezahlt wurden. Dieser Antrag hatte aber keine Folge.

Herr Wilberforce erneuerte hierauf seinen alljährlichen Antrag zur Abschaffung des Sklavenhandels. „Der Sklavenhandel, sagte Hr. Pitt, sei eine schreyende Verletzung aller Grundsätze und Gefühle der Religion, Menschlichkeit und Moralität. Wenn das Britische Parlament ihn bisher begünstigte, so ist es seine Pflicht, das Unrecht zu heben und den Schandflecken auszulöschen. Nur die gänzliche Abschaffung wäre eine Ausöhnung für diese National- Ungerechtigkeit. Noch künftig neue Sklaven einzuführen, hieße, größere Gefahren für die Sicherheit von ganz Westindien herbeiführen, weil es auch einen Neger-Jacobinid-

mus gibt. Was für ein Recht massen sich unsere Kolonien an? Schreckliches Recht unsere Mitmenschen nicht nur zum Vieh, sondern noch unter dasselbe zu leblosen verkaufbaren Handelszweigen herabzuwürdigen.“ Er sprach noch viel über die Beweggründe, aus Moralität und Politik, zur Abschaffung. Gleichwohl ging der Antrag des Hrn. Wilberforce, wie gewöhnlich, mit 84 gegen 54 Stimmen verloren.

Der unselige Zustand von Irland dauer dauer noch immer fort, und nimmt täglich mehr überhand. Es scheint, die Regierung habe nun beschlossen, das System der äusserst strengen anzunehmen. Schon am 18. Febr. hat der Königl. General-Advokat, in das Unterhaus des Dubliner Parlaments eine Bill gebracht, wodurch der Vizekönig autorisirt werden soll, zur Dämpfung der jetzt bestehenden Rebellion in Irland, das ganze Land unter das Kriegsgefes oder in den Belagerungsstand zu stellen. Die Opposition hat sich zwar heftig dagegen gesetzt; allein am 26. Febr. ist die Bill doch zum zweyten Mahle verlesen worden, und mit 72 gegen 33 Stimmen beschloffen worden, darüber in eine Committée zu gehn, daß also an der Annahme der Bill beinahe nicht mehr zu zweifeln ist. Der General-Advokat bewies, daß die Rebellion noch wirklich existire, daß in der Grafschaft Connaught ein Distrikt von 60 Englischen Meilen durch die Rebellen verwüstet, und ein Schaden von 100,000 Pf. angerichtet worden sey; daß die Landbesitzer, welche dringend um diese Bill bätben, ihres Lebens nirgend sicher wären; wenn sie

nur gegen die Rebellen Patroken mach-
ten, oder sich als Geschworne brauchen
ließen, warte ihrer der gewisse Tod; seit
kurzem wären in dem Distrikt Kingal in
der Graffschaft Dublin über 200 Mor-
de verübt worden; keine Nacht verge-
he, wo die Rebellen nicht, in Rotten
von 50 bis 60 Köpfen, Räubereyen,
verübten, und dabey sagten, es gesche-
he auf Befehl ihrer Freunde in Dublin.

Zu dem dießjährigen Dienste des
auf solche Art durch innern Zwiespalt,
Raub, Mord und Rebellion so schreck-
lich heimgesuchten Irlands, hat das
Irländische Unterhaus nun 137590
Mann, die wirklich vorhanden sind,
und deren Kosten = Stand über 4 Mil-
lionen Pf. beträgt, bewilligt. Hierbei
sind die Irländischen Korps, die zum
allgemeinen auswärtigen Dienst her-
gegeben sind, (zusammen 3234 Mann)
nicht mitgerechnet. Der ganze Mili-
tar = Kostenstand beträgt 4815,367
Pfund. Mehrere neue Abgaben und
erhöhte Zölle müssen deshalb einge-
führt werden.

Fast täglich wird in Dublin das
Gerücht verbreitet, daß sich an diesem
oder jenem Küstentheil Französ. Lan-
dungs = Rüstungen gezeigt haben.
Dieses macht wahrscheinlich, daß
Mißvergnügte eine solche Ankunft er-
warten. Alle beurlaubte Offiziere in
Irland sind wirklich schleunigst zu ih-
ren Korps beordert.

Auch in London hält man die neuer-
dings zu Brest ausgerüstete Flotte
für Irland bestimmt; daher denn der
Admiral Thomson neue Verstärkung
und den Befehl erhalten hat, von Ply-
mouth sogleich wieder in den Kanal

abzufegeln, um gedachte Flotte zu be-
obachten. Er ist wirklich am 4.
März in See gegangen, um zwischen
Ouessant und Brest zu kreuzen.

Die Englischen Blätter enthalten
Briefe aus Ostindien, vom Julius v.
J. nach welchen es daselbst sehr krie-
gerisch ausieht. Tippoo-Saib, heißt
es, habe schon vor mehreren Monaten
bei Nashore, ein Lager mit 80,000
Mann bezogen; ein Heer von 100,000
Abdallis, meistens Reitern, ziehe ge-
gen die nördliche Grenze der Engli-
schen Besitzungen; Almas Ali Khan
sammle ungeheure Getreide = Vorrä-
the, und ein Heer, das schon über
30,000 Streiter zählt; die Maratten
haben schon 100,000 Mann in Ban-
nigut versammelt, und unter diesen
seyn 20,000 Mann Infanterie, die
von dem General Deboigne, einem
Franzosen, trefflich discipliniret wor-
den seyn, und meistens Europäer zu
Offizieren haben; auch der Freistaat der
Seiks rüste sich, und der Nizam so-
wohl, als der Saydut-Alli, die unter
Englischer Bothmäßigkeit stehen, daß
man ein sehr zweideutiges Betragen an-
nimmt. Aus allem, heißt es, lasse sich schließen,
daß unter den indischen Landvächern
etwas Geheimes im Werke sey; man-
che geständen sogar freimüthig, daß sie
mit dem Anschläge umgingen, die Eng-
länder aus Asien zu vertreiben, und
sich dann um die Bente untereinan-
der zu schlagen. Die darüber ent-
standenen Besorgnisse hätten daher
auch die schon ganz vorbereitete Un-
ternehmung nach den philippinischen
Inseln rückgängig gemacht u.